

## **Bedingungsfaktoren deutscher und Außen- und Europapolitik**

**von Christian Moos**

Auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts gilt, dass die Geografie für Deutschlands Verortung in der europäischen und der internationalen Politik eine entscheidende Größe ist. Deutschlands geografische Lage in Europa zwingt es dazu, eine auf Europa und europäische Fragen konzentrierte Politik zu betreiben. Deutschland liegt im Zentrum Europas. Es ist umgeben von Nachbarn. Es steht konsequenterweise immer im Mittelpunkt des jeweiligen Ordnungssystems, das die Beziehungen der europäischen Völker und Staaten untereinander bestimmt. Daher ist die Frage, um was für eine europäische Ordnung es sich handelt, in die Deutschland eingebettet ist, stets eine für Deutschland existenzielle. Deshalb ist der Satz, Europa sei Deutschlands Staatsräson, nicht bloß pathetischer Idealismus.

Die aktuelle europäische Ordnung, wie sie in der Nachkriegszeit geworden ist, zeichnet sich durch ein in der Geschichte außergewöhnlich hohes Maß an Stabilität aus. Sie gründet nicht auf hierarchischen Beziehungen der Staaten untereinander sondern auf Gleichberechtigung. Bis zur Weltfinanzkrise galt ganz uneingeschränkt: Die aktuelle europäische Ordnung hat für die an ihr teilhabenden Völker ein mehr an Sicherheit und Wohlstand gebracht, sie hat zur Durchsetzung der westlichen Demokratie und zu einer sieben Jahrzehnte währenden Friedensphase beigetragen. Letzteres gilt, das muss betont werden, nicht für ganz Europa, sondern für den europäischen Staatenverbund, der mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl begann und heute Europäische Union heißt.

Die gegenwärtige Ordnung stand freilich von Beginn an in einem globalen, in einem weltpolitischen Bedingungs-zusammenhang. Sie wird nicht erst seit der Ukraine-Krise und der Annexion der Krim durch Russland bedroht. Sie wird seit spätestens 2010 massiv erschüttert und hier und da auch in Frage gestellt. Sie ist nicht alternativlos. Es hat andere europäische Ordnungssysteme gegeben. Grundsätzlich gilt: Irgendeine Ordnung ist immer. Zerfällt eine Ordnung, mag für einen kurzen Augenblick ein Vakuum entstehen, das aber immer nahezu umgehend durch etwas Neues ausgefüllt wird. Die Frage, die sich für Deutschland und Europa, für Deutschland in Europa stellt, lautet: Sind realistische Ordnungen vorstellbar, die besser wären als die bestehende?

Die europäische Ordnung, das europäische Ordnungssystem war von Beginn an der entscheidende Bedingungsfaktor für den deutschen Nationalstaat. Bei der Betrachtung deutscher Außenpolitik seit der Gründung des deutschen Nationalstaats wird augenfällig, wie unterschiedlich die verfolgten außen- beziehungsweise, modern gesprochen, europapolitischen Ansätze im Verlauf der vergangenen 150 Jahre waren. Außenpolitik war für Deutschland unter Bismarck noch nicht „Europapolitik“, sie war aber klar auf Europa fokussiert. „Meine Karte von Afrika liegt in Europa“, begründete Bismarck seine Ablehnung eines allzu großen überseeischen Engagements des deutschen Nachzüglers im kolonialen Spiel der Großmächte. Nach den Einigungskriegen verfolgte er mit seiner Bündnispolitik das Ziel der Integration des Kaiserreichs in ein europäisches Staatensystem, das den Fortbestand Preußens durch seine Erweiterung in den kleindeutschen Nationalstaat sichern sollte.

Auf eine Phase der kalkulierten Aggression zur Sicherung der prekären Lage Preußens, die Einigungskriege, die Schaffung des preußisch-deutschen Kaiserreichs durch „Eisen und Blut“, folgte eine Phase kunstvoller Diplomatie zur Vermeidung antideutscher Bündnisse in Europa. Dass diese

Sicherung des Gewonnenen durch Abkommen und Verträge aufgrund der Prämisse, Frankreich im europäischen System isolieren zu müssen und mit diesem nach der Annexion Elsass' und Lothringens nicht zusammenarbeiten zu können, auf das Schwerste belastet war und permanente Wachsamkeit erforderte, wusste Bismarck, der in seinen Lebenserinnerungen Anfang der 1880er Jahre vom „Albtraum der Koalitionen“ sprach, also von der ständigen Gefahr von Bündnissen europäischer Mächte gegen Deutschland. Bismarck erklärte das Reich für saturiert, er wollte den erreichten Status konservieren.

Man muss sich vergegenwärtigen, dass Deutschland für Europa ein enormes Problem, eine große Herausforderung war. Es gab eigentlich keinen Platz für Deutschland in Europa. Der britische Staatsmann Benjamin Disraeli hatte bereits 1848 die Idee eines deutschen Nationalstaats als gefährliche Träumerei bezeichnet. 1871, im Jahr der Reichsgründung, erklärte Disraeli vor dem Unterhaus: „Der Ausgang des deutsch-französischen Krieges und die Entstehung des neuen Nationalstaates, „die deutsche Revolution, [ist] ein größeres politisches Ereignis als die französische Revolution des vergangenen Jahrhunderts. (...) Das Gleichgewicht der Macht [ist] völlig zerstört.“

Mit der Entlassung Bismarcks durch Kaiser Wilhelm II. kam das Ende dieser Außenpolitik, die von Bismarcks Nachfolgern als „Spiel mit den fünf Kugeln“ zu den Akten gelegt wurde. Die „nervöse Großmacht“ (Volker Ullrich) der Wilhelminischen Zeit führte die Konflagration von 1914 entscheidend mit herbei, nicht nur weil ihre Repräsentanten ungeschickt und bramarbasierend auftraten, sondern auch weil ihre halbhegemoniale Stellung die europäische Ordnung erneut in einen prekären Zustand brachte und weil Deutschland nicht mehr Europa im Blick hatte, sondern Weltpolitik betreiben wollte.

Gehen wir einen Schritt zurück ins 18. Jahrhundert, zu den Anfängen der Regierungszeit des preußischen Königs Friedrich II. Preußen hatte mit seinem Aufstieg zur fünften Großmacht, seinem überfallartigen Griff nach Schlesien mit lediglich nachgeschobener, wenig überzeugender Legitimation, bereits für das Ende des europäischen Systems gesorgt, das seit den Westfälischen Friedensschlüssen von 1648 bestanden und dessen Wert gerade darin gelegen hatte, dass die Mitte Europas, die deutschen Fürstentümer, im Zweifel wehrhaft waren, nicht aber selbst zur Aggression befähigt. Die Art der Kriegführung des 18. Jahrhunderts und die Kunst der Friedensschlüsse standen einer Zerstörung Europas noch entgegen. Zudem lenkte der britisch-französische Krieg um die neue Welt ebenso von der sich im Grunde bereits auftuenden deutschen Frage ab wie die spätere französische Revolution. Preußens wundersames Überleben im Siebenjährigen Krieg war bemerkenswert, Europa in diesem Ringen aber letztlich nur ein Nebenkriegsschauplatz.

Preußens Aufstieg im 18. Jahrhundert warf die deutsche Frage auf. Sie war nicht erst ein Produkt des 19. Jahrhunderts, wurde aber erst dann wirklich virulent. Preußen und schließlich Preußen-Deutschland komplizierten die europäische Ordnung. Mit den Befreiungskriegen zu Anfang des 19. Jahrhunderts wuchs – nicht nur in deutschen Ländern – der Nationalismus, zunächst ein eher linker, europäisch solidarischer, dann, nach den gescheiterten Revolutionen von 1848/49 ein zunehmend rechter, auftrumpfend chauvinistischer. Das Deutsche Reich war kein westliches Land. Während des Ersten Weltkriegs blickten deutsche Intellektuelle auf den Westen und seine Ideen herab. Die „Kultur“ betrachteten sie als der „Zivilisation“ überlegen.

Wenn die europäische Einigung sich nach dem Zweiten Weltkrieg in Westeuropa vollzog, zunächst nur den Westen einbezog und auch politisch, aufgrund der engen Anbindung an die USA als ein

politisches Projekt des Westens zu sehen ist, wenn der westliche Teil Deutschlands sich mit der europäischen Einigung auch politisch verwestlichte, dann ist das ein paradigmatischer Wandel im Verhältnis zu der politischen Kultur Deutschlands vor 1945.

Das alte Europa war in der „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ (George F. Kennan) zerstört worden, dem Ersten Weltkrieg, an dessen Ende die unterlegenen Mächte nicht mehr brüderlich behandelt wurden wie zuvor in den Friedensschlüssen der dynastischen Zeit. Die unruhige Macht in der Mitte Europas, Deutschland, war nach 1918 geschwächt und gedemütigt, aber eben nicht zerstört. Damit war die Saat für einen neuen europäischen Krieg gelegt, der sogar zu einem zweiten, den ersten an Grausamkeit noch übertreffenden Weltenbrand werden sollte.

Der Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland hatte viele Ursachen. Zu Hitlers Machtergreifung führten viele Entwicklungslinien. Dem Zivilisationsbruch, den die Vernichtung der europäischen Juden im Zweiten Weltkrieg kennzeichnet, ging im Frühjahr 1933 aber, anders als oftmals dargestellt, kein politisch-kultureller Bruch voraus. Es war kein Putsch, der in der Mitte Europas stattfand, sondern die verfassungsgemäße Bildung einer Koalitionsregierung. Nicht die Wahl Hitlers zum Reichskanzler war die eigentliche Machtergreifung, sondern die in atemberaubendem Tempo erfolgende Aushöhlung der formal fortbestehenden Weimarer Verfassung in den Monaten danach, wobei auch hier bereits mit den Notverordnungen der Präsidialkabinette der späten Weimarer Republik die abschüssige Bahn beschritten worden war.

Es gab Kontinuitätslinien auch in der Außenpolitik beziehungsweise der „Europapolitik“ Weimarer Regierungen zu den Nationalsozialisten. Dass letztere die Grenzen des weit verbreiteten Revisionismus sprengen und in aberwitziger Hybris weite Teil Europas, ja vor allem Osteuropas, unterwerfen und ausbeuten wollten, ja sogar die Weltherrschaft anstrebten, auch das war, betrachtet man Osteuropapläne der Annexionisten im Ersten Weltkrieg, kein Bruch, sondern allenfalls eine Steigerung nationalistischer Projektionen ins Extreme. Die Westintegration des bis dahin zutiefst östlichen Deutschland nach 1945, das war der eigentliche, tiefe Umbruch, nicht die Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933.

In Bezug auf den Wiederaufstieg Deutschlands zu einer auch militärischen Großmacht und revisionistischen Gebietsforderungen gegenüber Polen bestand durchaus Übereinstimmung zwischen den meisten Parteien Weimars. Es war bei weitem nicht nur die extreme Rechte, die in Bezug auf den Versailler Vertrag revisionistisch auftrat. Für die auf Europa bezogene Außenpolitik der Republik von Weimar war der Revisionismus konstitutiv. Wir erinnern gerne an Gustav Stresemann und Aristide Briand, vergessen aber, dass Locarno und dem Verzicht von gewaltsamen Grenzkorrekturen im Westen auch von Stresemann bewusst kein Ost-Locarno gegenübergestellt wurde. Gebietsforderungen gegenüber Polen waren nicht nur eine Angelegenheit der extremen Rechten.

Zu den Täuschungen Europas durch den anfangs im Cutaway auftretenden „Friedensredner“ Adolf Hitler gehörte auch der deutsch-polnische Nichtangriffspakt von 1934, der erstmals seit 1919 zu einer vorübergehenden Beruhigung des deutsch-polnischen Verhältnisses führte. Der Vertrag von Rapallo von 1922 und die Tatsache, dass Weimar bereits mit der Sowjetunion zusammenarbeitete, um die militärischen Beschränkungen des Versailler Vertrags zu umgehen, waren auch taktischen Überlegungen gegenüber den Westmächten geschuldet, die eine Bolschewisierung Deutschlands fürchteten. Es gehört aber zu Entwicklungslinien, die über 1933 hinausweisen. Dass der

Revisionismus gegenüber Polen eben auch von Männern wie Stresemann, ja sogar von weiten Teilen der Sozialdemokratie geteilt wurde, das waren auch wichtige Voraussetzungen für den „Weg in die Katastrophe“.

Im Zweiten Weltkrieg unternahm Deutschland einen Anlauf zu nicht nur europäischer, sondern zu eurasischer Hegemonie, manche Historiker meinen sogar – mit Blick auf die Azoren als Sprungbrett über den Atlantik – zur Weltherrschaft. Neben Hitlers früh artikulierten Lebensraumvorstellungen und Vernichtungsfantasien gab es auch Europavorstellungen führender Nationalsozialisten wie Hermann Göring, die das begrenztere Ziel einer mitteleuropäischen Hegemonie verfolgten und damit eher in Kontinuität zu früheren, vernationalsozialistischen Politikentwürfen standen. Es waren aber weitaus radikalere Vorstellungen, die für den Kriegsverlauf und die Vernichtungspolitik maßgeblich wurden. Die deutschen Verbrechen führten in den tiefsten Abgrund der europäischen Geschichte.

Auf den Krieg folgte die deutsche Teilung, aber auch das Wunder der Wiederaufnahme der Deutschen in die Staatengemeinschaft. Die Bundesrepublik wurde westintegriert, besonders die USA forderten und förderten die deutsch-französische Aussöhnung. Die Briten, die sich selbst außerhalb eines europäischen Zusammenschlusses sahen, unterstützten ihrerseits die politische Integration des nicht im sowjetischen Machtbereich liegenden Kontinentaleuropas.

Die Westintegration Deutschlands, das war ein politisch-kultureller Umbruch. Und dieser war untrennbar verbunden mit der Perspektive der Schaffung eines vereinten Europas. Das war zugleich Ergebnis und Voraussetzung der Europäisierung, des europäischen Projekts, das ohne die drängende deutsche Frage und die Bedrohung durch „Sowjetrußland“, wie Konrad Adenauer die Sowjetunion zu nennen pflegte, kaum vorstellbar gewesen wäre.

Seit 1949 galten für alle Bundesregierungen wichtige Grundsätze deutscher Außen- und Europapolitik. Die Westbindung, die NATO und die europäische Einigung galten bis über die deutsche Wiedervereinigung hinaus als deutsche Staatsräson. Im Prinzip gilt das fort; es gibt aber in unserer Zeit, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, Verschiebungen, die zu großer Sorge Anlass geben.

So bewegt, so unterschiedlich deutsche Außenpolitik und deutsche Beiträge zu europäischer internationaler Politik seit der Reichsgründung waren: es gibt Bedingungsfaktoren, die seit 1871 unverändert gelten. Schaut man genauer hin, fallen nämlich Kontinuitätslinien auf, die von Bismarck bis in die heutige Zeit weisen. Die entscheidende Frage ist, welche Schlüsse die politischen Verantwortungsträger für die Gestaltung deutscher Außen- und Europapolitik daraus ziehen.

Unverändert ist Deutschlands Lage inmitten Europas; es ist umgeben von einer Vielzahl von Nachbarstaaten. Deutschland ist, klammert man Russland als eurasischen Superstaat aus, bis heute und voraussichtlich noch für die nächsten 20 Jahre das bevölkerungsreichste Land Europas. Das deutsche Kaiserreich wurde schon bald nach der Reichsgründung Europas wirtschaftsstärkste Macht, es überflügelte spätestens in den 1890er Jahren Großbritannien. Schon die alte Bundesrepublik war nach den Jahren des Wirtschaftswunders zur wirtschaftlichen Lokomotive Westeuropas aufgestiegen. Die Deutsche Mark machte den westlichen Teil Deutschlands zur zumindest ökonomischen Führungsmacht der Europäischen Gemeinschaft.

Das wiedervereinte Deutschland ist trotz der Aufgabe der Deutschen Mark, an der sich – zum Leidwesen besonders der Franzosen – die anderen westeuropäischen Währungen ausrichten mussten, nach vereinigungsbedingten wirtschaftlichen Krisenjahren inzwischen wieder das

geworden, was Hans-Peter Schwarz bereits in den frühen 1990er Jahren perspektivisch in ihm sah: „Die Zentralmacht Europas“. Diese Machtentfaltung war in der Nachkriegszeit aufgrund verschiedener Faktoren, die vom Besatzungsstatut über die Teilung bis zur Selbstbeschränkung westdeutscher Außenpolitik reichen, nicht zur Geltung gekommen.

In besonderer Weise eingehegt wurde Deutschlands potentielle Macht durch die europäische Integration – und zwar von Beginn an. Diese Einhegung war das Primärziel der Montanunion, der EGKS, die zuvorderst sicherheitspolitisch begründet war. Auch das wiedervereinte Deutschland stand zunächst in der Kontinuität einer in wohlverstandener Eigeninteresse liegenden europäischen Einhegung und Selbstbindung. Heute stellt sich die Frage: Ist Deutschland in den Krisen Jahren seit 2009 nolens volens zum entfesselten Gulliver geworden? Ist die deutsche Frage, die 1990 Geschichte geworden zu sein schien, wieder da?

Die europäische Integration kann als europäisches System, wenn auch unter gänzlich anderen Vorzeichen, mit der Ordnung des Wiener Kongresses verglichen werden, wohl gemerkt – nicht gleichgesetzt, aber doch verglichen. Der Wiener Kongress sicherte für etwa fünfzig Jahre in Europa den Frieden, er retardierte Kräfte, die mit der Französischen Revolution und in Reaktion auf Napoleon aufgetreten waren. Im Europa von Metternich, Castlereigh und Talleyrand bewahrte eine konservative Ordnung den Frieden. Sie einte Staaten, die sich zuvor bekriegt hatten, vordergründig in der Abwehr eines gemeinsamen Feindes, der die dynastischen und mit ihnen die gesellschaftlichen Ordnungen in Frage stellenden, permanenten Gefahr der Revolution. Ein weiteres konstitutives Element, das dieser Ordnung innewohnte, war aber die Abwehr preußisch-russischen Expansionsstrebens, und doch war diese Ordnung, in der die Heilige Allianz eine große Rolle spielte, zugleich auch eine östliche. Im Europa Schumans, Adenauers und De Gasperis bewahrte eine progressive Ordnung den Frieden, die in wechselseitigem Souveränitätsverzicht zugunsten gemeinsamer transnationaler Politiken Sicherheit und Stabilität suchte. Diese friedenssichernde Ordnung ist, sie *war* eine westliche Ordnung.

Während die Einhegung Deutschlands ein bedeutendes Gründungsmotiv für die Montanunion darstellte, waren doch die besondere Konstellation des Kalten Krieges, die Bedrohung durch den Sowjetkommunismus und die sicherheitspolitische Abhängigkeit von der westlichen Schutzmacht USA, grundlegende Voraussetzungen für jene neue europäische Ordnung, die sich durch die schrittweise Supranationalisierung diverser Politiken auszeichnete. Dass die westeuropäischen Nationalstaaten sich zu postnationalen Staaten entwickelten, wie es sie bis dato nirgendwo sonst auf der Welt gibt, lag nicht nur an der Diskreditierung des Nationalen durch Faschismus und Nationalsozialismus, sondern auch an der faktisch unter den Bedingungen des Kalten Krieges und der Dekolonialisierung nur noch bedingt gegebenen Souveränität der einstigen europäischen Groß- und Mittelmächte. Diese in den Jahren nach 1945 eintretende Lage führte zu einer Einbindung der beiden deutschen Teilstaaten in ihre Sphären, die östliche, sowjetische und die westliche, amerikanische, die zugleich, anders als der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe im Osten im politischen Sinne zu einer europäischen werden sollte.

Diese europäische Ordnung ist in den Jahren nach 2009 von den Wellen der Finanz- und Schuldenkrise ausgespült worden. Die Weltfinanzkrise und eine mit schweren Geburtsfehlern behaftete europäische Wirtschafts- und Währungsunion haben im Hinblick auf die deutsche Bindung und Selbstbindung einen paradigmatischen Wandel bewirkt. Parallel haben sich die europäisch-amerikanischen Beziehungen in einer Weise verändert, die Werner Weidenfeld – so von Heinrich

August Winkler im vierten Band seiner „Geschichte des Westens“ zitiert – bereits 1996 von einem „transatlantischen Kulturbruch“ sprechen ließ.

Das Westeuropa der Nachkriegszeit war sicherheitspolitisch auf das Engste mit den USA verbunden. Das Ende des Kalten Krieges und der alsbald im Zuge der Globalisierung folgende rasante Aufstieg neuer Mächte aus dem Kreis bisheriger Entwicklungs- und Schwellenländer, allen voran Chinas, bedingte eine Neuorientierung der USA, die sich verstärkt dem pazifischen Raum zuwandten. Dieser Trend hält nicht nur an. Er verstärkt sich trotz der aktuellen Russland-Ukraine-Krise, weil China die Kontrolle über weite Teile des Meeres im südostasiatischen Raum und die Errichtung einer maritimen Seidenstraße anstrebt und zunehmend von den Anrainern als Bedrohung empfunden wird.

Gleichzeitig zu diesen tektonischen Verschiebungen der Weltpolitik hat ein Teil der europäischen Staaten, darunter insbesondere Deutschland, zumindest phasenweise versucht, eigene außenpolitische Wege zu gehen. Diesen eigenen Wegen lag, bei freundlicher Interpretation, die idealpolitische Sehnsucht nach einer gewaltfreien Außenpolitik zugrunde. Zumindest aber hat deutscher Idealismus eine Rolle gespielt. Es wurden aber auch politische Entscheidungen gefällt, die vor allem anderen kurzfristigen Wahlkalkülen geschuldet gewesen sein mögen.

Bemerkenswert ist, dass im wiedervereinten Deutschland in zunehmendem Maße Antiamerikanismus auf fruchtbaren Boden fällt. Alles in allem ist zu konstatieren, dass die westliche Bindekraft seit den 1990er Jahren nachgelassen hat. Da war der große Bruch während des Irakkriegs und bereits in dessen Vorfeld im Jahr 2002, als die Regierung Schröder sich offen gegen die Politik der USA stellte. Damals ging ein in seiner Bedeutung für Europas Zukunft nicht zu unterschätzender Riss durch die Europäische Union. Der US-amerikanische Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, gewiss einer der Falken in der Administration George Bush Juniors, sprach vom alten und vom neuen Europa. Denn Länder wie Großbritannien mit Blair, Spanien mit Aznar, das kleine Portugal und sein Regierungschef, der spätere Kommissionspräsident Barroso, sowie die meisten mittelosteuropäischen Staaten unterstützten die USA. Das Deutschland Schröders und das Frankreich Chiracs sowie einige weitere westeuropäische Staaten, darunter Belgien und Luxemburg, taten das nicht.

Jenseits der Frage nach der tatsächlichen Bedrohung durch das diktatorische Regime des Irak, der offenkundig kaum gegebenen Verbindungen Bagdads zum Terrornetzwerk Al Qaida, mithin also der fehlenden Legitimation des Krieges der Koalition der Willigen, ist dieser Zerfall des westlichen Bündnisses doch ein entscheidender Moment mit Blick auf die Entwicklungsperspektiven der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Werner Weidenfelds 1996 geäußerte Befürchtung eines „transatlantischen Kulturbruchs“ hatte sich spätestens 2002 bewahrheitet. Die damals eingetretene Spaltung des Westens ist bis zum heutigen Tag nicht überwunden worden. Im Gegenteil, der Riss vertieft sich.

Mit Abscheu betrachten viele Europäer – und besonders Deutsche – zum Beispiel den Drohnenkrieg, den die USA unter ihrem ersten schwarzen Präsidenten und Friedensnobelpreisträger Barack Obama gegen Amerikas Feinde führen. Es war Obama, der Bin Laden gezielt durch ein Spezialeinsatzkommando in Pakistan töten ließ, nicht Bush Junior. Und es ist Obama, der Guantanamo nicht geschlossen hat. Auch die nachrichtendienstlichen Aktivitäten, die gegenwärtig in Deutschland für zuweilen hysterisch anmutende Aufregung sorgen, wurden von den regierenden

Demokraten nicht unterbunden. Dass die USA gegen Habeas Corpus verstoßen, gegen die richterliche Überprüfung von Freiheitsentzug also, damit handelt Washington gegen eigene Werte, von Foltermethoden wie Water Boarding, Schlafentzug und anderem ganz zu schweigen. Das ist mehr als bedenklich, zumal das westliche Modell nicht nur von amerikanischer Machtprojektion gelebt hat, sondern immer auch von seiner ideellen, seiner moralischen Strahlkraft.

Dass aber die deutsche Neigung zur Empörung über die Realitäten nachrichtendienstlicher Tätigkeiten besonders ausgeprägt ist, trägt auch nicht dazu bei, das amerikanische Verständnis für den inzwischen seit 70 Jahren dank amerikanischen Schutzes friedensverwöhnten europäischen Partner zu erhöhen. Es mag eine spekulative und zudem politisch extrem inkorrekte Frage sein, ob ein geeint im Krieg der USA gegen den Terror an die Seite der westlichen Schutzmacht tretendes Europa nicht auch mäßigend auf Washington hätte einwirken können – ob also Exzesse wie Guantanamo hätten verhindert werden können. Wer außen vor bleibt, kann auch keinen Einfluss nehmen, es sei denn die eigene Machtposition wäre so groß, dass die Nichtbeteiligung den entscheidenden Unterschied machte. Das wird man aber von Deutschland nicht behaupten können.

Es ist ein äußerst kritisches Umfeld für eine europäische Außen- und Sicherheitspolitik, dass der westliche Zusammenhalt geschwächt ist.

Schon zu Beginn der 1990er Jahre waren angesichts des Zerfalls Jugoslawiens alte, für überkommen geglaubte Differenzen zwischen den Westeuropäern sichtbar geworden. Die Deutschen sympathisierten mit dem Unabhängigkeitsstreben von Slowenen und Kroaten, Briten und Franzosen stellten sich zunächst auf die serbische Seite. Spätestens der Bosnienkrieg offenbarte dann die Ohnmacht europäischer Außen- und Sicherheitspolitik. Vor allem das Massaker von Srebrenica steht nicht nur für die Überforderung eines niederländischen Kommandeurs, sondern für das kollektive Versagen der Europäer. Mehr Einigkeit und Handlungsbereitschaft zeigten die Europäer und auch die Deutschen, die 1999 im Kosovokrieg den ersten Kriegseinsatz der Bundeswehr beschlossen, wenn auch bei der Frage des Einsatzes von Bodentruppen eine rote Linie verlief. Das Auseinanderfallen westlicher Außen- und Sicherheitspolitik offenbarte sich wieder nach 9/11, betraf den Irakkrieg, aber auch die Frage der Einrichtung eines westlichen Raketenabwehrschirms und setzte sich in den Reaktionen auf den arabischen Frühling fort.

Besonders Deutschland hat seit seiner Wiedervereinigung eine bemerkenswerte Rolle eingenommen. Es war Bonn, das auf die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens drängte und damit zum Ausbruch des ersten, kurzen Balkankriegs der 1990er Jahre beitrug. Diese von Außenminister Genscher betriebene Politik war eben keine Real- sondern Idealpolitik. Das soeben unter dem Ruf „Wir sind ein Volk“ wiedervereinigte Deutschland wertete das Selbstbestimmungsrecht der Völker außerordentlich hoch, auch wenn das in der Anwendung auf Vielvölkerstaaten äußerst problematisch ist. Dass Bosnien-Herzegowina unter den Umständen des jugoslawischen Zerfalls zum Pulverfass werden musste, hat die deutsche Außenpolitik nicht sehen wollen oder sehen können.

Ein weiteres Beispiel für von der Wirklichkeit eingeholte Idealpolitik waren in jüngerer Vergangenheit die Reaktionen des Auswärtigen Amtes auf die „Arabellion“, aber auch Schlussfolgerungen, die vom sogenannten Euro-Maidan auf die Zukunft der Ukraine gezogen wurden. Außenminister Westerwelle hieß mitten in Kairo die Demokratie willkommen. Als die arabische Revolution dann ihre Kinder zu fressen begann, vor allem in Libyen, stand Deutschland abseits, zeigte sich Europa uneins über den Umgang mit dem Staatenzerfall an seiner südlichen Peripherie. Das Weimarer Dreieck, der deutsche,

der französische und der polnische Außenminister, suchten in Kiew nach Ansprechpartnern, während entscheidende Weichen für die Zukunft der Ukraine bereits in Moskau gestellt wurden. Die Flüchtlingskatastrophen, die Europa heute beschäftigen, sind in ihrer gegenwärtigen Dimension ebenso ein Ergebnis europäischen Politikversagens wie das Schicksal der Ukraine, von der mit der Krim ein Teil von Russland annektiert wurde und der Donbass erfolgreich von Europa isoliert zu werden scheint.

Kurzum, für Europa ist es auch auf lange Sicht eine Überlebensfrage, dass das atlantische Bündnis, dass der Schutzschirm der Amerikaner, dass der westliche Zusammenhalt funktioniert. Und das gilt unbeschadet der Tatsache, dass die USA mit ihrer Bündnispolitik und mit ihren unrealistischen Kriegszielen im Nahen und Mittleren Osten schwerste Fehler gemacht haben.

Wenn wir als Europa-Union für eine europäische Außen- und Sicherheitspolitik plädieren, die angesichts seiner Mittel Lage in Deutschlands Interesse liegt, dann tun wir dies nicht, weil wir uns von den USA lossagen wollen, von ihnen unabhängig werden wollen, denn das wäre geradezu töricht. Wir tun das vielmehr oder sollten das tun, weil wir den Amerikanern ein besserer, ein verlässlicherer Partner sein wollen.

Die USA werden ihr Augenmerk immer stärker auf den pazifischen Raum richten und richten müssen. China hat gerade eine neue Militärdoktrin verkündet, die darauf hinausläuft, dass es seinen maritimen Einflussbereich praktisch in den gesamten pazifischen Raum ausdehnt – und darüber hinaus, wenn man sich die Planungen bezüglich weiterer atomar bewaffneter U-Boote ansieht. Und Russland verfolgt eine vor dem Einsatz militärischer Macht – und sei es in der neuartigen Form hybrider Kriegsführung – nicht zurückschreckende neoimperiale Politik. Seine weitgehend selbstverschuldete Isolation gegenüber dem Westen führt zu einer aus westlicher, aus europäischer Sicht ernst zu nehmenden Annäherung zwischen Russland und China, deren Beziehungen bis dato stets spannungsreich waren, in Bezug auf ihre Haltung gegenüber den USA aber Interessenkonvergenzen ermöglichen, die Europa und Amerika nicht ignorieren sollten.

Europäische Außen- und Sicherheitspolitik, der die deutsche Politik dienen, auf die sie hinarbeiten sollte, muss das Bündnis mit den USA in den Vordergrund stellen. Denn das russische und das chinesische Herrschaftsmodell und die damit verbundenen gesellschaftspolitischen Vorstellungen widersprechen all dem, wofür die westliche Demokratie steht.

Dass letztere unvollkommen ist und immer wieder auch von innen herausgefordert, in Frage gestellt wird, ist richtig. Das geschieht durch europäische Regierungen wie die aktuelle ungarische, die sich zunehmend autoritär und anti-westlich gebärdet. Das geschieht durch oppositionelle, nach der Macht strebende Kräfte wie in Frankreich der rechtsextreme Front National, dessen Vorstellungen von nationaler Identität keine westlichen sind. Das geschieht durch exzessives, eigene Werte negierendes Ausnahmerecht im Zeichen des Kampfs gegen den internationalen Terrorismus. Ja, Amerika hat, fundamental herausgefordert, traumatisiert, große Fehler gemacht, gegen westliche Werte verstoßen; Extremismus schafft Extreme.

Für Deutschland gibt es zwei wesentliche politische Prämissen, die auch im 21. Jahrhundert *conditio sine qua non* für das Überleben sind: Deutschland kann nur integriert in eine stabile europäische Ordnung bestehen, und diese europäische Ordnung muss eine westliche sein, die sich an die Weltmacht USA anlehnt und nicht von dieser absondert, weil das Europa zerreißen und zum Spielball anderer, weniger freundlicher Mächte machen würde.



Deutschland darf keine Sonderwege beschreiten, darf niemals wieder „östlich“ werden. Es ist dank der US-Bindung und der EU-Integration Teil des Westens. Ohne die enge Bindung Europas an die USA wird das europäische Einigungswerk, wie wir es bisher kennen, mit den Werten, für die es steht und die in der Grundrechtecharta niedergelegt sind, nicht lange überleben.

Ohne ein europäisches Deutschland, das heißt ein westliches Deutschland, kann es kein geeintes Europa geben. Das bedeutet: Deutschland muss sich zu den politischen Errungenschaften bekennen, sie hochhalten und verteidigen, die, so die Kernthese Heinrich August Winklers in seinem Opus Magnum „Die Geschichte des Westens“, mit den atlantischen Revolutionen von 1776 und 1789 in die Welt kamen.

Daraus folgt, dass deutsche Politik sich dafür einsetzen muss, dass eine Politische Union in Europa Wirklichkeit wird und zwar unter Beteiligung möglichst vieler EU-Staaten und bei hinlänglich stabiler Assoziierung von solchen europäischen Partnern, die zunächst und wohl auf absehbare Zeit außen vor bleiben. Kern dieser Politischen Union muss die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sein, eine Verteidigungsunion, die nicht die NATO ersetzt, sondern den europäischen Beitrag zum westlichen Militärbündnis stärkt. Diese Stärkung hat für die immer von Zersplitterung bedrohten Europäer mehr Pooling von Souveränität zur Voraussetzung. Die Integrationswilligen sollten im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit vorangehen.

Aus aktuellem Anlass zum Schluss noch diese Feststellung: Für eine europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik und nicht nur für diese, auch für die Westbindung Europas, ist der britische Beitrag unverzichtbar. Das bedeutet nicht, dass Großbritannien Teil einer Politischen Union sein muss. Die Anbindung eines sich fürs erste auf den Binnenmarkt der EU beschränkenden Vereinigten Königreichs und eine Konzentration der weiteren Zusammenarbeit auf die Schnittstellen zwischen europäischer Verteidigungsunion und NATO ist möglich und mit den aktuellen britischen Forderungen vereinbar. Es liegt in deutschem Interesse, dass die europäische Integration weiter geht und Großbritannien gleichzeitig Mitglied der EU bleibt.